

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigung nach Tarif.
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Kampf um den Brotpreis

Sicherungen im Zollermächtigungsgesetz

Der Weg zum Zollvereinsfrieden

Kein Prozessieren, sondern europäische Einigung im Rat

Nach langem Ringen ist es den sozialdemokratischen Unterhändlern gelungen, das Zollermächtigungsgesetz sehr erheblich zu verbessern. Vor allen Dingen eine Sicherung des Brotpreises durchzuführen. Die Ausnahmsquote für Roggenmehl wurde von 60 auf 70 Proz. erhöht zum Zwecke der Streckung der vorhandenen Roggenvorräte, und durch dieses vom Reichsernährungsminister Schiele der Bäckereinnung und dann offiziell im Reichstag abgegebene Versprechen der beabsichtigten Brotpreiserhöhung die Begründung entzogen, so daß sie unterbleiben muß.

Die Reichsregierung wird ferner verpflichtet, auch weiterhin jeder Erhöhung des Brotpreises über den vom Statistischen Reichsamt ermittelten durchschnittlichen Brotpreis der letzten sechs Monate vor Inkrafttreten des Gesetzes vorzubeugen.

Außer diesen Zusicherungen erreichte die Sozialdemokratie noch die gesetzliche Festlegung, daß, sobald die vom Statistischen Reichsamt ermittelte Reichsindexziffer für Ernährung über 133 steigt, und vier Monate auf diesem Stand bleibt, die Reichsregierung unverzüglich durch geeignete Maßnahmen einschließlich Herabsetzung von Zollsätzen auf die Preisgestaltung so einzuwirken hat, daß die Indexziffer auf oder unter dem Index von 133 sinkt.

Die Zollermächtigung ist dahin eingeschränkt worden, daß sie nur Gültigkeit hat, solange die jetzige Regierung Brünning im Amt ist. Im Falle ihres Rücktritts treten diese Bestimmungen nach Neubildung der Reichsregierung außer Kraft.

Gegenüber der ursprünglichen Gestaltung des von der Regierung vorgelegten Entwurfs bedeutet die jetzige Fassung des Ermächtigungsgesetzes eine erhebliche Verbesserung und auch eine Verbesserung des jetzt bestehenden Zustands. Der von der Sozialdemokratie seit langem geforderte Verbraucherschutz wird durch den jetzigen Wortlaut des Gesetzes, wenn auch noch nicht vollkommen, so doch weitgehend verwirklicht.

Der Reichstag begann heute, 10 Uhr, mit der dritten Beratung der Osthilfe.

Abg. Hörns (Komm.): Die Osthilfe hängt mit der sechsprozentigen Spönsenkung gegen die schlesischen Weber durch den staatlichen Schlächter Dr. Böcker an. Der „Vorwärts“ spricht von immer neuem Schlachtungsanstieg, aber die ganze Schlachtungsordnung ist ein Werk der Sozialdemokratie.

Es spricht kein weiterer Redner; die Abstimmung wird ausgeführt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über Zolländerungen. Auch dabei hält Hörns die gewöhnliche Rede über den „Verrat“ der Sozialdemokratie und die alleinige Volkserrettung durch die SPD.

Abg. Hepp (Landvolk) lehnt eine Kollektivierung des deutschen Bauernstandes ab. Mit der individualistischen Betriebsweise würde die Grundlage des Staates und die ganze deutsche Kultur vernichtet werden. Der gewaltigen Steigerung der landwirtschaftlichen Weltproduktion steht eine entsprechende Erhöhung des Konsums nicht gegenüber; die daraus folgende Not der Landwirtschaft zwingt den Staat zu Schutzmaßnahmen, so auch zu dem jetzigen Ermächtigungsgesetz.

Abg. Freybe (Wp.): Wir müssen ausländische Einfuhr fernhalten. Der Zwischenhandel verteuert die Preise nicht wesentlich, die Handelspanne ist sogar gesunken. Das war eine Vorleistung für die zugelegte Steuer- und Abgabensenkung, und wenn die nicht käme, würde man nicht bei dieser Handelspanne bleiben können.

Abg. Herberich (Franken, Wp.): Die Ermächtigung, den Zollschutz auch auf die Veredelungswirtschaft auszudehnen, dient den Interessen der Kleinbauern, besonders in Bayern.

Abg. Dr. Drees (Z) befürwortet den Kompromißantrag zum Artikel 3 der Vorlage. Der Verbraucherschutz sei auch aus psychologischen Gründen notwendig, ohne daß dadurch der Schutz der Produzenten zu sehr drücke.

Abg. Dr. Schnelzer-Dresden (D. Wp.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion und verlangt, daß die handelspolitischen Bedürfnisse bei der Ausführung des Gesetzes nicht zu kurz kommen.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Aus den Mitteilungen der Morgenzeitungen über die gestrige Unterredung Briand mit Henderson geht hervor, daß sich der englische Außenminister gewissermaßen, einen formellen Protest bei der Berliner und Wiener Regierung gegen die deutsch-österreichische Zollvereinbarung einzulegen. Die beiden Minister haben sich schließlich darüber geeinigt, die Angelegenheit im Mai vor den Völkerbundsrat zu bringen, der feststellen soll, ob Oesterreich das am 4. Oktober 1922 unterzeichnete Protokoll in bezug auf seine wirtschaftliche Unabhängigkeit verletzt hat. Der Völkerbundsrat kann aber, worauf Bertinog im „Echo de Paris“ hinweist, nur eine an Deutschland und Oesterreich gerichtete Empfehlung beschließen, die die beiden Staaten annehmen oder ablehnen können. Da aber Deutschland und Oesterreich die Zuständigkeit des Völkerbundes mit der Begründung bestreiten, daß die Angelegenheit nur ihre beiden Länder angehe, kann der Rat, wenn er sich diesem Standpunkt anschließt, überhaupt keine Lösung empfehlen. Bertinog meint daher, man müsse sich darauf vorbereiten, daß der Rat eine vollendete Tatsache anerkenne, und er schlägt daher vor, die weiteren Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich dadurch zu unterbinden,

daß man die deutsch-österreichische Vereinbarung als eine „Kriegsdrohung“ betrachte und den Völkerbundsrat zu einer sofortigen außerordentlichen Tagung einberufe.

Souverein vertritt im „Matin“ den Standpunkt, daß Frankreich unabhängig von seiner Aktion gegenüber Oesterreich einen formellen Protest bei der deutschen Regierung einlegen könne, weil der deutsch-französische Handelsvertrag nicht zuzusetzt, daß ein Zollbund zwischen mehreren Ländern als eine Ausnahme der Meistbegünstigungsklausel betrachtet wird. Schließlich spricht Souverein die Hoffnung aus, daß die beiden Länder, die angesichts der schweren Wirtschaftskrise das Vertrauen des Auslandes brachten, ihre Stellungnahme ändern werden.

Die Behauptung französischer Nationalisten, daß die kommende deutsche Zollunion eine „Kriegsdrohung“ darstelle, ist in jeder, namentlich auch in völkerrechtlicher Hinsicht ein glatter Unsinn. Es liegt vielmehr eine Meinungsverschiedenheit über die rechtliche Zulässigkeit und ihre Vereinbarkeit mit dem Protokoll von 1922 vor. Die deutschen und österreichischen Juristen behaupten entschieden, den Zollunionsvertrag so geschickt formuliert zu haben, daß er die österreichischen Anleihebestimmungen von 1922 nicht verletzt. Die französischen behaupten das Gegenteil und die englischen scheinen beide Meinungen zu teilen.

Für eine juristische Entscheidung einer in Wahrheit politischen und europäischen Angelegenheit stehen mancherlei Wege offen. Der eine wäre, daß die Garantemächte des Protokolls von 1922 gegen Oesterreich, das damals mitunterschieden hat, eine Klage wegen Vertragsverletzung einleitet; ihre Durchführung würde aber wohl erst nach Abschluß und Ratifizierung der Zollunion möglich sein, also auf lange Zeit in den beiden deutschen Staaten und Europa einen höchst ärgerlichen Zustand der Unsicherheit schaffen. Der zweite gerichtliche Weg wäre der über den Völkerbundsrat, der ein Gutachten des Ständigen Gerichtshofes im Haag einholen könnte. Aber hier ist erst noch die Vorfrage ungelöst, ob ein solches Gutachten von einer Mehrheit des Völkerbundesrates oder nur von ihm auf einstimmigen Beschluß eingeholt werden kann. Auch dieses Verfahren würde in höchst unerwünschter Weise die Entscheidung über die abzuschließende Zollunion für viele Monate hinauschieben und die Atmosphäre in Europa vergiften.

Vom Standpunkt sowohl der deutschen als der europäischen Politik aus erscheint es demgegenüber wünschenswert, daß der Abschluß des deutsch-österreichischen Zollvereins herausgehoben wird aus der Atmosphäre des Prozessierens. Gemäß ist Prozessieren besser als Kriegsführen, aber besser als Prozessieren ist eine sachlich-politische Einigung, die ebenfals den Interessen Deutschlands wie Europas dient. Man sollte in Deutschland sich darüber klar sein, daß eine Zollunion mit Oesterreich keine Angelegenheit der Wirtschaftspolitik, sondern eine eminent politische Frage ist, und man sollte in Europa verstehen, daß Deutschland nicht gebunden ist an Beschlüsse, die der Völkerbundsrat 1922 ohne deutsche Beteiligung gefaßt hat. Eine Besprechung des deutsch-österreichischen Zollvereins im Völkerbundsrat auf seiner Matinung soll Einmütigkeit darüber ergeben, daß eine Erneuerung des Anschließverbotes — eine der großen Torheiten von 1919 — ganz unmöglich und der wirtschafts-politische „Anschluß“ in der Tat die Keimzelle der europäischen Wirtschaftseinheit ist.

Der Hungerstreik der Herzlin. Vor dem körperlichen Zusammenbruch.

Stuttgart, 26. März. (Eigenbericht.)

Die wegen Verstoß des § 218 in Haft befindliche Frau Dr. Jakobowicz-Rienle ist durch ihren seit Tagen andauernden Hungerstreik jetzt so geschwächt, daß sie das Bett nicht mehr verlassen und kaum noch sprechen kann. Frau Dr. Jakobowicz soll fest entschlossen sein, ihr Vorhaben selbst bis zum schlimmsten Ausgang durchzuführen.

Tag des Abschieds.

Vom Hause des Reichspräsidenten, von den Ministerien des Reiches und Preußens, von den Volkshäusern und vielen Privathäusern sind die Fahnen auf Halbmast gestellt, am Brandenburger Tor weht von vier Säulen das Schwarz der Trauer, vor dem Reichstagsgebäude sind die Fahnenstangen errichtet.

Im Hause der Partei in der Lindenstraße ist der Anbruch der Befreiung heute noch stärker als in den letzten Tagen. Da steht man eine Gruppe von Reichswehrsoldaten, da steht man die Deputation einer höheren Schule, da steht man geschlossene Abteilungen der „Kinderfreunde“. Das auswärtige Amt hat für seinen früheren Chef einen Kranz mit den Farben des Reiches niederlegen lassen. An Kranzspenden seien noch erwähnt: die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und der Zentralverband deutscher Konsumvereine Hamburg, die Sozialdemokratische Partei Hessen-Kassel, die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Kerze, der Hauptvorstand und die Bezirksleitung der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Senat der Freien Hansestadt Hamburg, die Firma Koppels-Bremen, der Verband der Tabakarbeiter, die Sozialdemokratische Partei Hannover.

Beim Parteivorstand häufen sich die Beileidschreiben. Wir führen an: den Verband der Arbeiter, den Senat des Kreises Quedlinburg, der Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, die Russische Sozialrevolutionäre Partei-Paris, das Deutsche Zustandsinstitut Stuttgart, den Deutschen Arbeiter-Sängerbund, das Berliner Sinfonieorchester, das seine Mitwirkung bei der Trauerfeier unentgeltlich zur Verfügung stellt, Ed. Bernsteins Beileid zum „erschütternden Hingang unseres hochverehrten Hermann Müller“, den preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Achhoff, den Vorstand des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei Belgien, die Sozialistische Partei Kem Paris, den „Sturmvogel“, Flugverband der Vertätigten, die ober-schlesische Flüchtlings- und Verdrängtenvereinigung, die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, die ukrainische sozialistische radikale Partei.

Einen prächtigen Vorbeertranz, geschmückt mit den Reichsfarben und den hamburgischen Landesfarben mit der Aufschrift: „Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg“ legte der hamburgische Gesandte Dr. Piper an der Bahre des Verstorbenen nieder.

Die Feier vor dem Reichstag wird heute nachmittag gegen 18 Uhr von der Funkstunde auf den Berliner Sender übernommen. Anschließend an die Kranzniederlegung an der Bahre Hermann Müllers werden die Abschiedsworte des Reichstagspräsidenten Gen. Döbe übertrugen.

Abstimmungen im Reichstag.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Das Zollermächtigungsgesetz wird mit dem erwähnten Kompromißantrag in namentlicher Abstimmung mit 285 Stimmen gegen 82 Stimmen der Wirtschaftspartei und Kommunisten angenommen.

Zum Osthilfegesetz wird ein kommunistischer Antrag, der Bestimmungen zugunsten der Erwerbslosen einfügen will, mit 306 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Nach Ablehnung weiterer kommunistischer Änderungsanträge wird das Osthilfegesetz in der namentlichen Schlussabstimmung mit 309 gegen 65 kommunistische Stimmen verabschiedet; ebenso das Gesetz zur landwirtschaftlichen Siedlung angenommen.

Zum Industriebankgesetz wird ein Änderungsantrag der bürgerlichen Parteien angenommen, der in § 7 die Aufgabe der Bank ausdehnt auch auf die Gewährung von Krediten für allgemeine Zwecke der Wirtschaft. Nach Ablehnung eines weiteren Zentrumsantrages im Hammelsprung mit 191 gegen 181 Stimmen wird auch dieses Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten verabschiedet.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschloß, die Beratungen über die Wohnheimstättenengesetzwürfe vierzighen Tage vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages im Oktober aufzunehmen und die ausgelegte Besichtigungsreise bis Ende Juni durchzuführen.

Dietrich gegen Steuern.

Er hofft immer noch auf den Reichstag.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat heute vor den Vertretern der Presse in einer längeren Darlegung der Wirtschaftslage die schon gestern im Plenum des Reichstages abgegebene Erklärung wiederholt, daß die Reichsregierung im Reichstag für die Ablehnung der beiden, auf sozialdemokratischen Antrag beschlossenen Steuererhöhungen, nämlich der Tantiemensteuer und des Rotopfers der Steuerpflichtigen mit über 20 000 M. Einkommen sich einsetzen werde. Da diese beiden Steuern nicht im Etat enthalten sind, sondern in eigenen Gesetzen, kann der Reichstag gegen sie Einspruch erheben, ohne gegen den Etat Einspruch erheben zu müssen.

Nach der Meinung Dietrichs hängt die Entscheidung des Reichstages, besonders bei dem Rotopfer, sehr erheblich von der Haltung der preußischen Regierung ab, die nächster Tage darüber Beschluß fassen wird. Die Tantiemensteuererhöhung würde nach der Meinung des Ministers für 1930, also im laufenden Jahre, ein beträchtliches Ergebnis liefern, aber schon im nächsten Jahre nicht mehr, da die sehr hohe Besteuerung der Tantiemen Maßnahmen veranlassen würde, die die Tantiemen vermindern lassen, so daß für das Einkommen daraus nur die normale Einkommensteuer zu zahlen wäre.

Würde die Tantiemensteuer fallen, so wäre allerdings auch die in den Etat eingetragene Kindererziehung (3 Mill. Mark) ungedeckt. Die Regierung könnte dann auf Grund des Spartakompromisses den Betrag dafür herabsetzen oder an anderer Stelle im Etat ersparen.

Demonstrationsverbot für Sachsen.

Die Folge der täglichen Prügeln.

Dresden, 26. März.

Das sächsische Ministerium des Innern hat auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung für das Gebiet des Freistaates Sachsen alle Versammlungen, Umzüge und sonstigen Demonstrationen Veranstaltungen unter freiem Himmel zunächst für die Zeit vom 29. März bis 7. April wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten. Das Verbot wird mit dem Hinweis begründet, daß es fast täglich in dem einen oder anderen Orte des Landes zu Zusammenstößen und Schlägereien zwischen politischen Gegnern oder zu Überfällen auf politisch Andersdenkende gekommen ist. Auch sind in mehreren Fällen Polizeibeamte angegriffen und verletzt worden.

Der Weg zum Frieden.

London über die Zollunion.

London, 26. März.

Unter der Überschrift „Eine vernünftige Anregung“ legt „Times“ in einem Leitartikel, die französische Regierung habe keinen Zweifel daran, daß die österreichisch-deutsche Vereinbarung gegen das Protokoll von 1922 und gegen Artikel 220 des Vertrages von St. Germain sowie gegen die von Österreich mit anderen Ländern abgeschlossenen Handelsverträge verstoße. Die anderen Signatarmächte des Protokolls seien in dieser Hinsicht nicht so politisch und hätten die Frage an ihre Sachverständigen verwiesen. Ganz abgesehen vom Wert oder Unwert der Vereinbarung, handele es sich vor allem um keine von Frankreich huldig bestrittene Legitimität. Der Völkerbund sei besonders zuständig in der Sache, weil er für den ganzen im Protokoll niedergelegten Finanzplan verantwortlich sei. Der Reichskanzler bleibe bei der Ansicht, daß die vorgeschlagene Vereinbarung völlig in Übereinstimmung mit den Bedingungen des Genfer Protokolls stehe und daß daher kein Grund für eine Ermägung durch den Völkerbundrat vorliege. Aber er habe auch hinzugefügt, wenn eine Prüfung der juristischen Lage gewünscht werde, würden die deutsche und die österreichische Regierung diese nicht scheuen. Daß der Völkerbundrat nicht vor Mai zusammentritt, ist keineswegs ein Unglück, sondern im Gegenteil sehr gut. Bis dahin werden die Gemüter Zeit haben, sich abzukühlen. Die interessierten Regierungen werden Gelegenheit haben, in aller Ruhe sämtliche Seiten des Problems zu prüfen. Die Verhandlungen über die Zollunion, die sehr kompliziert seien, würden auf jeden Fall beträchtliche Zeit beanspruchen, und eine Verzögerung ihres Inkrafttretens um einige Wochen brauche keine Ursache zu verursachen.

Eine Verweisung der Sache an den Völkerbundrat biete aber noch einen anderen Vorteil. Diese Körperschaft könne die Frage ebenso vom politischen, vom wirtschaftlichen, wie vom juristischen Gesichtspunkt bezüglich dessen sie wahrscheinlich Anstellung beim Internationalen Gerichtshof suchen wird, erörtern. Wenn ein politischer Zusammenschluß sich in der vorgeschlagenen Form als illegal erweisen sollte, so würde der Völkerbundrat vielleicht sogar in der Lage sein, einen Plan vorzuschlagen, zu dem

die Zustimmung aller am Protokoll beteiligten Parteien erlangt werden könnte

und der die von der Zollunion erwarteten Vorteile ohne jede Vertragsverletzung sichern würde. Alle Welt ist sich einig darüber,

Polizei im Volksstaat

„Prinzen“ werden nicht anders behandelt als andere Staatsbürger

Der Preussische Landtag setzte am Donnerstag die Beratung des Innenetats fort.

Abg. Marquardt (Soz.): Der Abg. Kaspar hat behauptet, der „Vorwärts“ kritisiere nur Ausschreitungen der Polizei in Indien. Unmittelbar danach hat er selbst aus dem „Vorwärts“ eine Kritik des Verhaltens der Polizei in Mansfeld zitiert. (Heiterkeit.) Der Minister kann unmöglich weiter gehen, als daß er erklärt: für Polizeibeamte, die sich Mißhandlungen zuschulden kommen lassen, die herrschenden Klassen wollten die Arbeiter zu Ausschreitungen provozieren und dann niederschlagen. Wenn das wahr wäre, wäre die kommunistische Partei verpflichtet, die Arbeiter eindringlich vor Provokationen zu warnen.

Solange die Kommunisten nicht aufhören, Proletariat anderer Gesinnung niederzuschlagen und totzuschießen, trifft sie die ganze Verantwortung für die Anwendung der Gewalt im politischen Kampf.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ueber die Ausbildung der Polizeibeamten will ich nur sagen, wir wünschen sie überall so, wie sie in Hannover, Gmünd und Brandenburg jetzt ist.

Polizeimajor Sander hat seine Beurlaubung für den Polizeisportverein durch Hell-Hiller-Rufe vergolten. Das sollte ein Anlaß dazu sein, mit diesen Beurlaubungen endlich Schluß zu machen.

Vom Reichswasserschuh sind nicht weniger als drei Offiziere unmittelbar nach ihrem Ausscheiden in die nationalsozialistische Propaganda übergegangen. Minister Severing hätte unverantwortlich leichtfertig gehandelt, wenn er die Offiziere des Reichswasserschuhes ohne Prüfung ihrer politischen Stellung zur Verfassung in den preussischen Dienst übernommen hätte. Herr v. Rohr hat davon gesprochen, die Polizeibeamten würden auch merken, daß sie einem falschen System dienen. Das System in Preußen besteht darin, daß der Beamte nichts weiter zu tun hat, als die bestehenden Gesetze auszuführen. Wenn aber Beamte das Geld der Republik nehmen und sie unterwühlen, dann trifft sie das Wort, das der Vorsitzende eines sächsischen Gerichts über solche Beamte gesprochen hat: Es sind verwerfliche Heuchler und Schurken. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Bock (Dnat.): Der Abg. Vetterhaus vom Zentrum hat vorgestern in der Raske eines Biermannes alle nationalen Führer infamierend angegriffen. Er hat damit einen

unübersteigbaren Graben zwischen dem Zentrum und dem christlichen Volk gezogen.

Das Zentrum hat keinen Rückweg mehr frei zum Staat Friedrichs des Großen, es muß durch die und dann mit den Sozialdemokraten zugrunde gehen. (Rufen im Zentrum.) Herrn Severing bringen wir persönliche Achtung entgegen, aber deshalb ist es doppelt gefährlich, daß er zielbewußt und zah auf den sozialistischen

daß die ganze wirtschaftliche Entwicklung Europas durch die zahlreichen Tarifmauern gehemmt wird, ebenso darüber, daß die Industrien Oesterreichs durch seine Zerstückerung in eine unmögliche Lage gebracht worden sind. Oesterreich braucht, wenn es eine auch nur leidliche Wohlfahrt genießen soll, Zutritt zu ausgedehnteren Märkten, als sie sein beschränktes Gebiet gewährt.

Die vorgeschlagene Zollunion würde eine der viel zu zahlreichen Tarifmauern niederlegen und der österreichischen Industrie einen weiteren Markt eröffnen. Aber könnten diese Vorteile nicht durch eine Vereinbarung allgemeineren Charakters erreicht werden, die zum mindesten gegen einige gegen die jetzige Union erhobenen Einwände geschützt sein würde? Der Völkerbundrat könnte mit Unterstützung der Studentenkommision für die europäische Union in dieser Richtung eine Lösung des jetzigen Streites finden, die für alle Parteien annehmbar und wohlwollig sein würde; wenn die deutsche und die österreichische Regierung tatsächlich von den Beweggründen getrieben werden, die der deutsche Reichskanzler in seiner gestrigen Rede geltend machte, dann würde sie eine solche Lösung willkommen heißen und alles in ihrer Macht liegende tun, um sie zu erleichtern.

Noch keine Brotpreiserhöhung.

Stürmische Sitzung der Berliner Bäckermeister.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes der Bäckermeister gab gestern in einer stark besuchten Mitgliederversammlung in den Germania-Sälen eine Darstellung über die Verhandlungen beim Reichsernährungsminister und verlangte eine eindeutige Stellungnahme der Berliner Bäckermeister zu der beabsichtigten Brotpreiserhöhung. Nach etwa 15 Diskussionsrednern, die sich scharf für und gegen die Stellung des Gesamtverbandes der Bäckermeister wandten, wurde am Schluß der Versammlung eine Entschließung mit großer Mehrheit angenommen, die die Vertreter des Bäckerhandwerks dringend ersucht, für eine kurze Zeitspanne es noch bei dem bisherigen Brotpreis zu belassen. Es sei dies zur Aufrechterhaltung der bisherigen Preisfestsetzungsaktion dringend notwendig. In der Entschließung heißt es zum Schluß: Wenn wir unseren Kollegen, wenn auch schweren Herzens, deshalb empfehlen, es vorläufig bei dem alten Brotpreis zu belassen, so erwarten wir, daß die Versprechungen des Reichsernährungsministers auf Herabsetzung der Ausmahlung des Roggens von 60 auf 70 Prozent und Regulierung des Marktes aus den Beständen sich umgehend erfüllen.

Einbrecherjagd im Zentrum.

Feuergescheh am Bahnhof Friedrichstraße.

Eine Diebesjagd, wie sie im Film nicht phantastischer gezeigt werden kann, spielte sich heute morgen zwischen 4 und 4½ Uhr in der oberen Friedrichstadt ab.

In der Nähe des Hauses Friedrichstraße 92 sah ein Schupo-beamter zwei Männer, die ihm verdächtig vorkamen. Als er auf sie zuging, um sie nach ihren Personalien zu fragen, flüchteten sie, der eine nach links, der andere nach rechts in die Dorotheenstraße hinein. Der Beamte rief eine Droßke herbei, der flüchtende rannte aber durch alle möglichen Seitenstraßen wie ein Hase und erreichte an der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße schließlich die Spree. Hier war immer noch starker Fußgängerverkehr, in dem der Verfolgte unterzutauchen versuchte. Der Schupobeamte fand ihn aber doch heraus. Der Verdächtige rannte wieder weiter nach dem Nord-

Staat losgeh. Der Ueberfall auf August Wilhelm in Königsberg war von der Polizei planmäßig organisiert. (Zurufe bei den Kommunisten: Die deutschnationalen Polizeioffiziere sind die schlimmsten Prügel.)

Minister Severing:

In meiner ersten Rede habe ich die Kritik sowohl des kommunistischen Redners wie des Redners der Landvolkpartei und der Christlichsozialen als sachlich anerkannt. Das hat Herr Kaspar für seine Partei als Niederträchtigkeit zurückgewiesen. (Heiterkeit.) Aber auch Herr Kaspar kann seinem Schicksal nicht entgehen: auch er bemüht sich, in die Sackhen der Polizei einzudringen. Auch er kann mich nicht hindern, zwischen sachlich und unsachlich zu scheiden. Der Volksparteiler Reppenthin hat freilich geglaubt, meine Freundlichkeit richtete sich auf Hilfskonstruktionen nach der nächsten Wahl. Aber das werde mir nicht helfen, nach der nächsten Wahl eine neue Zeit, so oder so. Diese Weisheit der Deutschen Volkspartei erinnert mich an die Bauernregel: Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter, oder es bleibt wie es ist. (Schallende Heiterkeit.) Gewiß, Herr Reppenthin, es kann so oder so kommen. Aber ich glaube, es wird so kommen. (Erneute schallende Heiterkeit.)

Würde die Polizei nicht so ungeheuer in Anspruch genommen wie jetzt durch die extremen Parteien, würde auch die Zahl der polizeilichen Ausschreitungen geringer sein. Bei jeder Gelegenheit wird den Polizeibeamten eingeschärft, daß sie den Summiennüppel nur gebrauchen dürfen, um Widerstand zu brechen.

Ein Prinz wird von der preussischen Polizei nicht anders behandelt wie jeder andere Staatsbürger.

Hat er unschuldig etwas abbekommen, tut es mir leid. Hat er sich dem polizeilichen Räumungsbefehl widersetzt, dann hat er mit Recht den Summiennüppel zu spüren bekommen. Jedenfalls ist es in solcher Situation gescheiter, nicht dabel zu sein. (Heiterkeit.) Alle Sparten der Polizei haben auch im letzten Jahr hervorragend ihre Schuldigkeit getan. Die kleinen Anfragen des Herrn Ruhe sind an verleumdender Leichtfertigkeit nicht mehr zu übertreffen. Dieser Mensch bekommt von mir in Zukunft überhaupt keine Antwort mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Meiner Aufgabe, die Polizei aktionsfähig und schlagfertig zu erhalten, hoffe ich auch in Zukunft gerecht zu werden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Vetterhaus (Z.) polemisiert erneut heftig gegen die Deutschnationalen. Er mache sich das Wort des Vegetariers Schmidt aus Bochum zu eigen, daß Hugenberg in seiner Presse nur den Gebrauch und die Hurerei fördere. (Großer Lärm rechts.) Gegen diesen Verderber des Christentums und des konservativen Gedankens werde das Zentrum einen schonungslosen Kampf führen und für seine Ueberwindung auch an alle erblühten evangelischen Christen appellieren. (Beifall im Zentrum. — Großer Lärm bei den Deutschnationalen.)

Nach einigen weiteren Rednern verlag sich der Landtag auf Dienstag, den 28. April.

ausgang des Bahnhofs Friedrichstraße. Dort verdeckte er sich und gab aus dem Hinterhalt auf den Beamten mehrere Schüsse ab. Der Beamte nahm Deckung und erwiderte das Feuer. Alle Schüsse gingen jedoch fehl. Der Dieb flüchtete wiederum durch den Bahnhof hinaus und nach der Georgenstraße zu. Auf die Haltrufe des Beamten stellten sich dem Kennenden mehrere Chauffeure entgegen, die aber beiseite springen mußten, da der Dieb sie mit der Pistole bedrohte. Vor dem Hause Georgenstraße 29 hatte der Beamte schließlich den Verdächtigen eingeholt und konnte ihn festnehmen. Schleunigst warf der Ertappte seine Pistole weit von sich. In wenigen Augenblicken hatte sich natürlich eine Schar von Neugierigen angesammelt und einer von ihnen hob die Pistole auf. Unversehens löste sich dabei ein Schuß und traf einen Mann, der gerade zur Arbeit gehen wollte, in den Oberarm. Der Reugierige ließ erschrocken die Waffe wieder fallen und machte, daß er weiter kam. Er konnte auch nicht gefaßt werden. Die Verletzung des Angeschossenen ist zum Glück nicht bedeutend, es handelt sich um einen Streifschuß. Der nach langer Jagd Festgenommene ist ein 36 Jahre alter Dekorateur Fritz Diebel, der ohne Wohnung ist. Da er im Verdacht steht, Einbrüche verübt zu haben, wird er bereits von mehreren Dienststellen der Kriminalpolizei gesucht. Wie sich bei den Nachforschungen zeigte, hatte er mit dem entkommenen Helfershelfer den Versuch gemacht, in ein Konfektionsgeschäft im Hause Friedrichstraße 92 einzudringen, war aber gestört worden.

Die Flucht durch den See.

Eine weitere aufregende Diebesjagd spielte sich heute mittag in der Villenkolonie am Königssee im Grunewald ab. Ein junger Mann hatte sich in das Villengrundstück Winklerstraße 20 eingeschlichen, wo sich der Eindringling gewaltsam in die Gärtnerwohnung Eingang verschaffte. Als der Einbrecher gerade mit dem Einpacken seiner Beute beschäftigt war, wurde er vom Gärtner überrascht. Der Bursche flüchtete und sprang, als sich ihm keine andere Fluchtmöglichkeit bot, kurz entschlossen in voller Kleidung in den Königssee. Der Gärtner holte sein Rotorrad heraus und es gelang ihm, noch vor dem schwimmenden Flüchtling das jenseitige Ufer zu erreichen. Als der Dieb auf dem Grundstück Königsdammallee 37, das dem Direktor Haller gehört, an Land stieg, wurde er festgenommen und in halberstarrtem Zustande der Polizei übergeben. Der Dieb ist ein 23jähriger Konditor Josef R. aus Wien.

Die blutigen Chawnpore-Kämpfe.

50 Tote, darunter 9 Kinder.

Bombay, 26. März. (Eigenbericht.)

Die Kämpfe in Chawnpore dauern nach bereits zwei Tagen und einer Nacht immer noch fort. Polizeiliche Verstärkungen sind aus den Nachbarstädten herbeigerufen. In erster Linie handele es sich um eine Schlacht zwischen Hindus und Moslems. Anlässlich der Hinrichtungen in Bahore hatten die Hindus einen religiösen Trauertag einberufen, den die Mohammedaner nicht anerkannten. Darauf kam es zu blutigen Straßenunruhen zwischen Anhängern der beiden Religionen. Im Laufe der Ausschreitungen wurden Tempel und Moscheen eingeschleudert und von beiden Seiten wurden auf offener Straße Menschenleichen veranlassen und gemordet. U. a. sind neun Kinder dem Wüten zum Opfer gefallen. Die Straßen gleichen einem wüsten Chaos, und bis zur Stunde ist es nicht möglich gewesen, die Ruhe wieder herzustellen. Der größte Teil der Geschäfte wurde geplündert. Die Zahl der Toten beträgt etwa 50.

Hilfe! Hilfe!

Für die große Preußenschlacht fehlt Munition.

Die „nationale Rechte“ will Preußen vom Abdruck des Marxismus befreien. Eine gute Absicht. Aber es fehlt an allen Ecken, an der notwendigen Begeisterung, an den notwendigen Mannen und — vor allem — an Geld. Es muß doch wieder ein großes Propagandabüro aufgezo-gen werden, wie beim Zucht-haus-Begehren. Das aber kann keine un-sinnigen Flugblätter nicht drucken lassen ohne Geld, denn selbst die geduldigsten Druckerfirmen pumpen nicht ewig. Hugenbergs Druckereibetriebe sind zwar technisch leistungs-fähig, aber sie verdienen lieber an Film-Propagandaschriften für den verbotenen Remarque-Film, als daß sie ihr Geld in den nicht verbotenen Preußenrummel stecken. Also gehts auf Klinkenputzen. Ein Ausschuß deutschnationaler In-dustrieller, unter ihnen Namen wie Ravené und Thyssen, verschickt diesen wunderbaren Bittbrief:

Arbeitsausschuß

Deutschnationaler Industrieller

Berlin NW. 7, den 2. März 1931.
Dorotheenstr. 30.

An

unsere industriellen Freunde.

Die schicksalsschwere Aufgabe dieses Jahres ist es, dem Marxismus seine letzte starke Schlüsselstellung in Deutschland, seine Machtposition in Preußen zu ent-reißen, von der aus er, unmittelbar oder mittelbar, auch die Politik des Reiches beherrscht.

Das Gelingen dieses Schlages wird über die Möglichkeit ent-scheiden, in letzter Stunde der versinkenden deutschen Wirtschaft noch Hilfe und Rettung zu bringen.

Ob die Umgestaltung der politischen Lage in Preußen durch das vom Stahlhelm eingeleitete Volksbegehren beschleunigt eintritt, oder ob die terminmäßigen Wahlen zum Preussischen Landtag im März oder April nächsten Jahres die Lösung etwas später bringen, spielt für Zielsetzung und Einleitung des Kampfes keine wesentliche Rolle. Auf jeden Fall bedarf es rechtzeitig, gründ-licher Vorbereitung bis in das letzte Dorf.

Die Deutschnationalen Volkspartei, die seit der Revolution un-beirrt ihre Stellung gegen den Marxismus gewahrt hat, die seit zwei Jahren die nationalen Kräfte gegen marxistische Metho-den und Einflüsse zu neuem Angriff aufrast, steht endlich die Früchte ihrer Arbeit reifen. Unsere Sache steht gut. Um aber den Angriff zum vollen Erfolge zu führen, müssen wir unsere Freunde um ein neues Opfer bitten: trotz aller Not; denn nur durch Einsatz aller Kräfte kann diese Not gewendet und endgültig gebannt werden.

Wir bitten Sie deshalb: stiften Sie uns einen mög-lichst hohen Beitrag für den Preußen-Kampffonds!

Ferner wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns auf an-liegenderem Bogen noch eine Anzahl Firmen und Persön-lichkeiten nennen würden, an die wir uns mit unserer Bitte wenden könnten.

Spenden bitten wir auf das Konto: „Arbeitsausschuß Deutsch-nationaler Industrieller“ bei der Dresdner Bank, Depostenkasse B, Berlin W. 10, Potsdamer Str. 20 (Postfachkonto Nr. 25 040) ein-zuzahlen.

Mit deutschem Gruß

643:

F. Bartels, Generaldirektor, Heiligenbeil. Baum, M. d. A. Hauptmann a. D., Berlin-Zehlendorf. E. Böhlinger, Geheim- Landesbourat, Dipl.-Ing., Generaldirektor, Rosenberg. Erwin Deltus, Fabrikbesitzer, Bielefeld. Alfred Dietel, Fabrik- besitzer und Handelsgerichtsrat, Reichenbach. L. Ebbinghaus, Fabrikbesitzer, Hohenlimburg. Paul Eggers, Fabrikdirektor, Reudersburg. Euling, Dr. Ing. e. h., Generaldirektor, Mittels- schütz/O. S. Julius Fabian, Generaldirektor, Berlin. Fritz Hiesche, Scheller u. Giesede, Leipzig. L. G. Godt, Direktor, Hamburg. Dr. Heimsoeth, Adm. an Rhein. Dr. Heubel, Dr. Ing. e. h., Generaldirektor. Klisch, Generaldirektor, Berlin. Dr. Sübbert, Generaldirektor d. A. G. für Berkehrswesen, Berlin. Mahla, Fabrikbesitzer, Pforzheim. Dr. Rendenbauer, Ministerialdirektor a. D., Berlin. Möllers, Direktor, Berlin. Dr. L. Ravené, Geheim- Kommerzienrat, Berlin. M. Rod- stroh, Generaldirektor der Rodstrowwerke A. G., Heidenau. Schleifenbaum, Bergassessor, Siegen. Dr. Thyssen, Rül- heim an der Ruhr. Dr. Tänzler, Berlin-Lichterfelde-West. Dr. v. Waldthausen, M. d. L. Essen-Ruhr. Dr. Ing. e. h. Fritz Wiber, M. d. L., Stuttgart. Bergassessor, Bergassessor, Vorstandsmittel der Vereinigten Stahlwerke A. G., Düsseldorf. Paul Boermann, Boermann, Brod u. Co., Hamburg. Dr. R. Klingpor, Dr. Ing. e. h., Offenbach am Main.

Da die Herrschaften „trotz aller Not“ sich selbst bereit finden zu „opfern“ und das gleiche noch von anderen Klassen- genossen erhoffen, tun wir ihnen sicher einen Gefallen, wenn wir sie bei der Sammeltätigkeit unterstützen, indem wir den Bittbrief der gesamten Deutschnationalen zur Kenntnis bringen. Hilfe! Einige notleidende Industrielle, die durch den allgemeinen Lohnabbau noch immer nicht genug saniert sind, brauchen Unterstützung, damit sie den Ordnungsstaat Preußen mit Herrn Frid aus Birmafens beglücken können. Wer hilft? Greift in den Beutel und schickt Munition, damit die Industrie dem reinen Wollen der Stahlhelmsfront etwas — vor-schießen kann!

Die Kollektivierung.

Frühjahrsausaat gefährdet.

Moskau über Kowno, 26. März.

Die Blätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung des Land- wirtschaftskommissariats, wonach am 20. März im gesamten Gebiet der Sowjetunion 9,8 Millionen bäuerliche Privatwirtschaften sich zu Kollektiven zusammengeschlossen hätten. Dies bedeute eine Gesamtaussaatfläche im „vergesellschafteten Sektor“ im Ausmaß von 50 Millionen Hektar. Damit sei die Hauptforderung des Programms für die Frühjahrsausaat durchgeführt, nach der 9 bis 10 Millionen Bauernwirtschaften von der Kollektivierung zum Zeitpunkt der Frühjahrsausaat erfaßt werden sollten. Die Mitteilung gesteht ein, daß der Schwung und das Tempo der Kollektivierung nachgelassen hätten. Die Lage der Vieh- und Weidewirtschaft lasse besonders zu wünschen übrig. Aber auch die mangelnde Vorbereitung der Frühjahrs- ausaat bei den Eigenbauern schaffe eine bedrohliche Lage. 26 Proz. der Eigenbauern haben noch keine Vorbereitungen zur Aussaat getroffen. Schließlich werden Maßnahmen angeordnet, um die Gefahren zu beseitigen, die der Durchführung der Aussaat hier drohen.

Heinrich Mann

Dem Geißkämpfer zum 60. Geburtstag

Da der Ältere der beiden in der Literaturgeschichte stehenden Brüder, Heinrich Mann, geboren zu Lübeck am 27. März 1871, das sechste Jahrzehnt seines Lebens vollendet, öffnet sich vor selbst ein Ausblick auf die Gesamtheit seines Schaffens; unabhängig von den einzelnen Leistungen und Fehlleistungen enthüllt sich Wert und Wesen des ganzen Werks.

Etwas Sinnbildliches steckt darin, daß er an der Schwelle eines neuen Geschichtsabschnitts zur Welt kam, als gerade die schmetternden Musikkapellen des neugegründeten bismarck- schen Kaiserreichs durchs Brandenburger Tor zogen und die fünf Milliarden Kriegsschuldigung einen toten Lanz und goldene Kalb entsekelten, denn als den äußerlich kühlen Sproß eines hanseatischen Patriziergeschlechts die Leidenschaft des Schreibens ergriff, sollte er der unerbitliche Porträtkist dieses Reiches und dieser Gesellschaft werden. Seinen literarischen Erstlingen allerdings ist davon wenig anzumerken; es waren Novellen, denen heute auch ein guter Stilkenner die Urheberchaft Heinrich Manns schwerlich nachzuweisen vermöchte, und die Befinnung, die dahinter stand, war eher eine ironische, weltmännische Gleichgültigkeit als irgendeine sittliche Forderung. Aber da romanische Erzähler, Fran- zosen und Italiener, France und d'Annunzio, auf Mann als Vorbild wirkten, mußte er mit der Nase darauf gestoßen werden, daß in den freier entwickelten Ländern der Dichter, der sich vom Leben der Nation abschließt und gegen den Ruf der Zeit die Ohren verstopft, der unmündig sein will, indem er sich unpolitisch gibt, ein Unding ist.

Als denn 1900 Manns „Schlaraffenland“ mit dem Untertitel „Ein Roman unter jenen Dämonen“ erschien, bitterböses Spiegelbild des Berliner Tiergartenviertels mit seinem Jabbertum und seiner Journalie, sah die heillosige Kritik über diesem Zeit- gemäße schon etwas wie „den blutroten Feuerschein einer nahenden, kapitalistischen Sphärendämmerung“ zu den. Aber noch blieb der Dichter nicht bei der Stange. Der dreibändige Farbenrausch der „Romane der Herzogin von Kisy“, obwohl auch un- mittert von der Untergangsstimmung einer versinkenden Welt, sahen eine Aus- und Abgleichung von der Linie der deutschen Gesell- schaftsschilderung in südliche Gefilde, und auch später drehten sich immer wieder einzelne Schöpfungen Manns nicht um die Kämpfe und Krämpfe der Zeit, sondern um die des Menschenherzens. Doch die Entwürdigung der Dinge selber bewirkte, daß „Schlaraffenland“ nur der erste einer Romantreihe wurde, über der der Titel eines Bildwerks von George Grosz stehen könnte: Das Gesicht der herrschenden Klasse; dazu gehören „Professor Un- rat“, „Mutter Marie“, „Der Untertan“, „Die Armen“, „Der Kopf“; die drei letzten sind sogar zusammengefaßt unter der Bezeichnung „Das Kaiserreich“. Die Romane der deutschen Gesell- schaft im Zeitalter Wilhelms II.

Wie Mann trotz seiner erlesenen Sprachkunst merkwürdig zwischen den Stilen schwankt: Naturalismus, Impressionis- mus, Expressionismus, neue Sachlichkeit, und bald als Reo- list, bald als Romantiker, bald als Phantastiker wirkt, so war nicht jeder seiner beunruhigenden und ungemühten Gesellschaftsromane ein Schuß ins Schwarze; „Die Armen“ mißrieten, weil ihr Verfasser die Welt des Proletariats zu wenig kannte, sogar ganz. Aber die beiden stärksten, „Professor Unrat“ und „Der Untertan“ sind gültige Do- kumente für eine ganze Zeit, sind grausame Operationschritte durch

die gedunsene Bauzdecke eines Geschlechts, unter der es non Jäul- nis und Eiter quillt, sind historische Romane aus der wilhelminischen Epoche, die mit genialer Scharfbild und unarmherzigem Stilt sehr verbreitete Typen des deutschen Bürgertums vor 1914 umreißen. Wenn kommende Generationen einmal wissen wollen, wie die deutsche Katastrophe möglich ward, werden sie sich auch in das Wesen des Schultyrannen Heßling vertiefen müssen. Aber der Kaste, die ihrem Bögen Wilhelm II. Weibrauch streuend, zugleich vor drei anderen Erbärmlichkeiten, dem Geld, dem Erfolg, der Macht, auf dem Bauch lag, als deren Lösung Mann einem seiner negativen „Helden“ das schneidende Wort in den Mund legte: „Geschäfte kann man nur mit der bestehenden Gesellschafts- ordnung machen“, wurde keine emporsteigende Schicht als Gegen- spieler gegenübergestellt, sondern ein Abstraktum: der Geist. Macht und Geist sind die Gegenpole von Manns Welt, Macht als Gewalt, im Unrecht schon, weil sie Gewalt ist, und Geist als „die menschliche Fähigkeit, der Wahrheit nachzugehen, ohne Rücksicht auf Nutzen oder Schaden, und Gerechtigkeit zu erstreben sogar wider die praktische Vernunft“; die hingerrissenste Känderin dieses heißen Erbes, daß alle schuldig sind, solange ein Unschuldiger unter der Willkür der Macht leidet, ist Madame Legros in dem gleich- benannten Vorrevolutionärdrama Manns.

Der, ohne jede Neigung zu schwachmütigen Zugeständnissen, von den aufgeputzten Lügen des Kaiserreichs den letzten Fittler herunter- rieh, nimmt auch nicht eine beliebige kapitalistische Republik als Ver- wirklichung des Geistes hin. Beweis: sein jüngster Roman „Die große Sache“, der, 1929 spielend, die Gespensterwelt des untergehenden Kapitalismus in der Zeit des „Tempos“, des „Betriebs“ und der „Nationalisierung“ mit sicherer Hand malt; in gehehnen Filmjahren ist er die blutigste Verhöhnung einer Gesell- schaft, die sich feuchend um Geld, um Einfluß, um Macht, um Väter- lichkeiten also, dreht, und eines Wirtschaftssystems, das vollkommen seerläuft und um ein bares Nichts tausend Energien vergeudet. Aber für die wahre Republik, „den Staat, der Gedanken offen ist“, für die echte Demokratie, „die Anerkennung, daß wir, sozial genommen, alle für einander verantwortlich sind“, tritt der Dichter in Wort und Schrift auch außerhalb seines erzählenden Werks eingeschrieben ein. Unter den großen unlerer Gegen- wartsliteratur ist es nicht der vorläufige Gerhart Hauptmann, sondern Heinrich Mann, der, ein deutscher Jola mit mutigem: Ich klinge an!, aufsteht, wenn es Zeugnis abzulegen gilt gegen die Senjur, gegen die Kriegsbege, gegen die Klassenjustiz, gegen die Neuchung Saccos und Vanzettis, für die Verfassung, für den tieferen Sinn der Republik, für die deutsch-französische Ver- ständigung, für ein geistiges Vocabolo, für Panuropa, mit einem Wort: gegen die Macht, für den Geist!

Mit gutem Rechte haben darum seit jeher alle, die mit dem Borgestrigen in Staat und Gesellschaft verippt und veripst sind, hinter Heinrich Mann hergezerrt: „Verrat am deutschen Volk!“ „Erbärmlicher Schund!“ „Literarische Schändlichkeiten!“ und neuer- dings mit einem besonderen Mund voll Geifer: „Kulturvolksdewist!“ Wir aber lieben diese gottlob aufwiegelerde Literatur, mag sie auch in der Verneinung stärker sein als in der Bejahung, und freuen uns um der deutschen Dichtung willen, daß seit kurzem dieser nicht sanfte Heinrich, auch als Schöpfer weder des Schlaftrucks noch der Schlummerrolle bedürftig, den Präsidentensessel der preussischen Dichterkadademie einnimmt. Hermann Wendel.

Der Abschied.

Wie Herzblut flammt der roten Schleifen Band
Ruhlosem Kämpfer, der zur Ruhe fand.

Die Kerzen flackern. Menschen kommen, gehn.
Verklärtes Antlitz einmal noch zu sehn.

Gewölbte Stirn — nun hat sie ausgedacht.
Beredter Mund — ihn schloß die Todesnacht.
Lebend'ger Kranz des Volkes zieht den Kreis
Und Treuschwur steigt aus den Herzen heiß.

Druso Schödelant.

Schwank nach bewährtem Muster.

Kleines Theater: „Der stille Kompagnon“.

Die Probingbühne aus dem Berliner Fremdenverkehrs-zentrum, das Kleine Theater, erheitert sein Publikum seit gestern mit einer neuen Belanglosigkeit: „Der stille Kompagnon“, von Leo Venz, dem Schriftsteller, der mit Bienenfleiß und unbekümmert um den Zug der Zeit Stücke nach altem Stilt sobezigert. Seit Jahrzehnten bewährt sich folgendes Schwankrezept: der Bühnensuffall schafft Kombinationen, durch die die handelnden Personen in Verlegenheit geraten. Im Gegensatz zum Zuschauer haben sie von den wahren Zusammenhängen keine Ahnung und müssen daher im Augenblick verzweifelte Ausreden erfinden, was den Zuschauer amüsiert und in seinem Selbstbewußtsein stärkt, da er sich viel klüger vorkommen darf als die Bühnenfiguren.

Im „Stillen Kompagnon“ kauft ein Bebejüngling einen Por- zellanladen nur zu dem Zweck, zu einem unauffälligen Absteige- quartier zu kommen. Seine Geliebte ist nämlich verheiratet und hat Angst vor ihrem Mann. Der Witz des Schwanks besteht nun darin, daß dieser Mann eben den Laden der Vorbesitzerin einge- richtet hat, die wiederum seine Liebste ist. Daraus ergeben sich Situationen, verwickelt genug, ein anspruchstloses Publikum zwei Stunden lang in heitere Laune zu versetzen.

Es merkt nicht, daß der Star des Abends, Erika Gäßner, falsche Töne anschlägt und einen hochföhlhaften Taufensassa mimt, der weder zu ihrer Persönlichkeit, noch zu ihrer Rolle paßt. Sie spricht unbedeutlich und einen Dialekt, der bislang noch nicht in den Sprachlehrbüchern verzeichnet ist, den Berlin-W-Dialekt, der vor- nehmen-blasiert klingen soll. Darin übertrumpft sie der Hauptrollen- inhaber und Direktor des Theaters, Will Kaufmann, was sehr zur Belebung des Abends beiträgt, weil die noble Sprechweise wiederum nicht zu seinem Benehmen paßt. Anerkennung verdient der faische und natürliche Hans Jensch-Balkot, ein erfreuliches Talent.

Duollino Giamoi wurde von der Städtischen Oper für zwei Gastspiele verpflichtet. Die Sängerin singt am 5. April (L. Osterfesttag) die Eida und am 19. Mai Madame Butterfly.

Die Katafombe jubiliert.

10 Programme — das ist für ein neues Kabarett schon ein Grund zum Jubiläum. Die unterirdische nächtliche Belustigung in der Bellevuestraße, die schon Sessjionen und Konturzeausstriche durchzumachen halte, hat sich also behauptet. Hat sie einen ausge- sprochener Charakter entwickelt? Die kleine Bühne gibt keine allzu großen Möglichkeiten: Echanons und keine Szenen beherrschen das Programm. Das Auge geht leer aus. Es muß also auf Geist, Witz, Satire gestellt sein. Man kann bei allem Wohlwollen für die jungen Künstler, die sich hier durchzusehen versuchen, nicht behaupten, daß diesmal allzuviel davon auf der Platte war.

Als Hausdichter fungieren Julian Trendy und Max Kolpe, unter den Vertongern sind Erwin Strauß und A. Gray zu nennen. Man versucht sich in mancherlei Arten, anstatt eine durch- schlagende Farbe zu bevorzugen. Am meisten Eigenart hat Jugo Barich, ihre naive und fauche Blödsinn kontrastiert wirksam mit ihren Texten. Sehr fein singt Erik Ode das Lied von den drei Frauen, die alle nicht für ihn sind. Rudi Platte, ein faust-weinerlicher Heinrich von besonderer Klasse, parodiert bis zur Gänze die Beute, die immer auf dem Boden der Tatsachen stehen. Gertrud Kolmann und Annemarie Haase und Geza Weiß (das Lied von der Cloque) schneiden weniger gut ab. Als Conferencier mit eigenen Gedichten tritt Werner Fink auf. Heute ist er nicht immer auf der Höhe; aber seine Einfälle verlassen ihn trotzdem nicht. Seine „Friedrichstraße“ schlägt ein.

Auch in diesem Kabarett wird die Antifriegspropaganda ange- schlagen, auch hier werden die Großtaten der urechten Deutschen ver- ührt. Ganz famos sind auch die Langgrotosten von Denby und E. K. e. n. Chopin und Lobon, das braune Haus und vieles andere wird im Programm gloriert. In zwei Stücken von Tucholsky und Kolpe wird dem leichten Genre des Spahes und Lites gehuldigt.

Der Lampe-Ausschuß ohne Lampe. Neben der Filmzensur er- freuen wir uns noch einer zweiten staatlichen Stelle, die sich von Amts wegen mit dem Film befaßt. Es ist der sogenannte Lampe- Ausschuß, die Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, die nach ihrem Leiter so benannt wird. Hier werden die Filme noch einmal geprüft, ob sie belehrend, vorbildend, oder künstlerisch wertvoll sind und bekommen dann entsprechende Steuer- ermäßigungen. Wertwürdig: die Ufa-Filme erfreuten sich immer der höchsten Einschätzung. Ob das neue anders wird, da Prof. Lampe am 1. April ausscheidet? Oder lag die Schuld der oft ein- seitigen Urteile dieser Stelle an ihrer Zusammensetzung. Jedenfalls wird der Nachfolger Lampes — als solcher wird Dr. Marg im Kultusministerium bezeichnet — dafür zu sorgen haben, daß das Odium der Parteifürsicht von dem Ausschuß genommen wird.

Gedächtnisfeier für Tilman Klemenschnieder. Für die im Besitz der Stadt Würzburg befindlichen Werke des großen spätgotischen Bildhauers und Bildschnitzers Tilman Klemenschnieder, der am 7. Juli 1531 als Ratsherr und Altbürgermeister in Würzburg starb, wird dort am 11. April eine Gedächtnishalle eröffnet werden, die an das Quilpost-Museum angebaut worden ist. Am gleichen Tage wird in dem Museum eine Klemenschnieder-Ausstellung beginnen, die bis zum Herbst dauern soll.

Stegerwald hat das Wort.

Keine Verständigung im Reichsbahnenkonflikt

Bessern fand im Reichsarbeitsministerium die Verhandlung über die von der Reichsbahnhauptverwaltung beantragte Verbländlichkeitsklärung des am 19. März von der Schlichterkammer unter Vorsitz des Schlichters Dr. Böckers gefällten Lohnabbauschiedspruchs statt. Die Gewerkschaften widersprachen der Verbländlichkeitsklärung und verlangten die Durchführung eines neuen Verfahrens unter einem Schlichter, der die Gewähr für eine objektive Entscheidung gibt. Der Schiedspruch hat Wirkungen gezeigt, die für die Reichsbahnarbeiter einfach untragbar sind. Zu einer Verständigung ist es auch bei diesen Nachverhandlungen nicht gekommen. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Die Gewerkschaften erwarten, daß der Reichsarbeitsminister die

Verbländlichkeit nicht ausspricht, da dadurch das gesamte Schlichterwesen bei den Eisenbahnern einen harten Stoß erhält. Für den Fall, daß der Reichsarbeitsminister trotz der Verbländlichkeitsklärung einschreift, treten an dem Schiedspruch einige Änderungen ein, die bei den gestrigen Nachverhandlungen festgelegt wurden: Der vorgesehene Lohnabbau ermäßigt sich in allen Ortsklassen und Lohngruppen des Wirtschaftsbereichs 1 um einen Pfennig. Andererseits ermöglichen sich der Schichtlohnzuschlag bei 51stündiger Wochenarbeitszeit um 4 Pfennig und bei 54 Stunden Wochenarbeitszeit um 3 Pfennig pro Tag. Diese Regelung stellt eine soziale Verbesserung des Böckerschen Schiedspruchs dar, ist aber nicht geeignet, den Schiedspruch als Ganzes erträglich zu machen.

Die freien Gewerkschaften führen.

Vergeblicher Ansturm der „Revolutionäre“.

Bei den Wahlen zum Betriebsrat der Bremer Wollkammerei Blumenhal erhielten die freien Gewerkschaften 6 (im Vorjahr 6) Sitze, die Christen 2 (2), die Kommunisten 5 (5). Trotz wüster Heße der KPD, haben die Kommunisten ein Mandat eingebüßt.

Bei den Arbeiterratswahlen der Bremer Straßenbahn konnten die freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg buchen, während die Nazi-Großmüher leer ausgingen. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 1201, davon erhielten die freien Gewerkschaften 915 (10 Sitze), die Christen 110 (1), die Stahlhelmhelfer 102 (1) und die Nationalsozialisten 55 (keinen Sitz). Die Kommunisten hatten aus Angst vor einer Niederlage es nicht gewagt, eine Liste aufzustellen.

Auch diese Wahl zeigt, daß die nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ unter der Arbeiterschaft keinen Anhang hat.

Bei den Betriebsratswahlen im Kölner Bezirk haben die freien Gewerkschaften bis jetzt gut abgeschnitten. Die Nazis sind so gut wie ganz ausgefallen. Sie erhielten z. B. bei den HB-Fabrikwerken in Wiesdorf-Gevertulen nur 148 Stimmen und keinen Sitz. Die KPD konnte nur in der chemischen Industrie einige günstige Ergebnisse buchen, aber auch hier gelang es ihr nicht, die Mehrheit in den Betriebsräten zu erreichen.

In der großen Schokoladenfabrik Gebr. Stollwerck erhielten die freien Gewerkschaften 1082 Stimmen (im Vorjahr 998), die Nazis 58 Stimmen. Die KPD brachte keine Liste zustande. In der Textilindustrie wurde bei der Färberei Kömer in Leichlingen die KPD, aus ihrer beherrschenden Stellung verdrängt. Die freien Gewerkschaften erhielten 4, die Kommunisten 2 Sitze.

Schlecht abgeschnitten hat die KPD in der Metallindustrie. Bei Westmagnon in Köln-Deutz erhielt sie 4 Sitze (im Vorjahr 5), die Liste der freien Gewerkschaften 6 (6).

Glänzender Wahlsieg in Bremen.

Unbedeutender Arbeiteranhang der Nazis.

Über das Ergebnis der Wahlen zur Bremer Arbeiterkammer liegen jetzt die genauen Zahlen vor. Das Wahlergebnis hat sich durch die Nachwahlen am Montag noch zugunsten der freien Gewerkschaften verschoben. Den freien Gewerkschaften mußte noch ein Mandat zugesprochen werden, so daß sie nun den insgesamt 30 Sitzen in der Arbeiterkammer über 28 Sitze verfügen, während die KPD, anstatt sieben Sitze nur sechs Sitze erhält. Das letzte Mandat entfiel auf den christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund. Von den 23 920 gültigen Stimmen erhielten die freien Gewerkschaften 16 420 = 68,7 Proz., die KPD 4995 = 21,1 Proz., die Christen 1811 = 5,8 Proz., die Stahlhelmer und Nazis zusammen 1194 = 4,6 Proz.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient das Wahlergebnis aus den bremischen Bandgemeinden. Dort erhielten die freien Gewerkschaften 941 Stimmen, die christlichen Gewerkschaften 71 Stimmen, die Liste des Stahlhelms 8, die Liste der KPD 30 und die Nationalsozialisten eine einzige Stimme. Hier ist die Niederlage der Nationalisten geradezu katastrophal.

Trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise, die den günstigsten Nährboden für die nationalsozialistische und kommunistische Propaganda bildet, haben sich die freien Gewerkschaften glänzend gehalten. Das entscheidende Merkmal dieser Wahl ist: Den Nationalsozialisten und Stahlhelmen ist es nicht gelungen, in die Kreise der Arbeiterschaft vorzudringen. Die paar Stimmen, die sie eroberten, sind Späne, die bei jeder Arbeit abfallen. In den freien Gewerkschaften werden sich die Feinde einer freien Arbeiterbewegung von links und rechts die Schädel einrennen.

Betriebsstilllegung.

Um den Betriebsrat loszuwerden.

Die Telefonfabrik Dauernheim hatte mit Genehmigung des Oberpräsidenten ihren Betrieb am 31. Dezember 1930 vorübergehend stillgelegt, weil es ihr, wie sie angab, an Aufträgen mangelte. Bei den Stilllegungsvorhandlungen mit dem Betriebsrat hat sich die Firma verpflichtet, bei Wiedereröffnung des Betriebes keine betriebsfremden Arbeitnehmer einzustellen, bevor nicht die bisherige Belegschaft wieder in Arbeit genommen sei.

Am 12. Januar 1931 nahm die Firma den Betrieb wieder auf. Die am 31. Dezember beschäftigt gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden wieder eingestellt, nur die vier Mitglieder des Betriebsrats nicht. An ihrer Stelle wurden andere Arbeitskräfte eingestellt, die früher, oder nicht bei der Stilllegung am 31. Dezember, im Betriebe beschäftigt waren. Mit vollem Recht faßten die Betriebsratsmitglieder ihre Widerspruchstellung als eine Maßregelung auf. Sie sind der Meinung, daß die Stilllegung nur ein Scheinmanöver war, durch das die Firma den ihr mißliebigen Betriebsrat loswerden wollte. In dieser Auffassung wurden die Gemahregenen bekräftigt durch eine ihnen bekannt gemordene Äußerung des Herrn Dauernheim: „Ich werde einmal meinen Betrieb ein Vierteljahr stilllegen, dann bin ich die unbegrüßte Elementar los!“

Die gemahregellen Betriebsratsmitglieder klagten beim Arbeitsgericht. Sie beriefen sich auf die Vereinbarung, wonach betriebsfremde nicht vor der bisherigen Belegschaft eingestellt werden sollten.

Fried wackelt



Verdammes Stuhlbein!

Die Erörterungen vor Gericht drohten sich im wesentlichen darum, was unter „betriebsfremd“ zu verstehen ist. Die Firma möchte als „betriebsfremd“ nur solche Arbeitnehmer gelten lassen, die noch nie bei ihr beschäftigt waren. Die Kläger sind dagegen der Meinung, daß der Sinn der Vereinbarung der sei, die bei der Stilllegung Entlassenen sollten zuerst eingestellt werden.

Das Gericht gab dem Begriff „betriebsfremd“ eine weitere Ausdehnung wie die Kläger. Es hielt diejenigen, die schon einige Wochen vor der hier in Rede stehenden Stilllegung entlassen wurden, nicht für „betriebsfremd“. Deshalb wurden die Klägerinnen, an deren Stelle solche „nicht betriebsfremde“ Arbeiterinnen eingestellt sind, abgemiesen.

Verurteilt wurde die Firma, die Forderung eines Klägers, eines Mechanikers zu zahlen, an dessen Stelle ein schon vor längerer Zeit entlassener Arbeiter, den das Gericht als einen Betriebsfremden betrachtet, getreten ist.

So ist also die Firma die „unbequemen Elemente“ tatsächlich losgeworden und es kann gar nicht bezweifelt werden, daß die Stilllegung während neun Arbeitstagen zur Mäßreglung des Betriebsrats beabsichtigt war.

Der Mißbrauch der Betriebsstilllegungsbestimmungen, der den Unternehmern ziemlich leicht gemacht wird, zeigt sich an diesem Beispiel besonders deutlich.

„Fortschritte“ der Normung.

6 Prozent Abbau im Wächener Kohlengebiet.

Köln, 26. März.

Nach langen schwierigen Verhandlungen schloß am Mittwoch die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Schlichters für das Rheinland im Lohnstariftreit der Wächener Steinkohlenindustrie einen Schiedspruch. Hiernach bleibt der zur Zeit geltende Lohnstarift über den 31. März hinaus in Kraft, jedoch mit der Maßnahme, daß sich die tariflichen Schichtlöhne um 6 Proz. ermäßigen. Diese Regelung kann erstmalig am 1. Juni 1931 zum 30. Juni 1931 gekündigt werden. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs läuft bis zum 27. März.

Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter in Wachen hat beschlossen, den Schiedspruch abzulehnen.

Der Kurfürstendamm ohne Bäume.

Nur die mittleren Reihen fallen.

Der Magistrat hat sich in seiner letzten Sitzung erneut mit der Frage der Umgestaltung des Kurfürstendamms beschäftigt. Aus technischen Gründen ist es nötig, die Straßengestaltung auf dem Kurfürstendamm zu erneuern und einheitlich, wie dies bereits bei einem Teil des Kurfürstendamms geschehen ist, in die Mitte der Straße zu verlegen. Bei dieser Gelegenheit müssen die beiden mittleren Baumreihen der Straße fallen. Es erscheint auch zweckmäßig, die Bäume dann einheitlich zu beseitigen und nicht etwa einzelne Baumstümpfe stehen zu lassen. Erhalten bleiben selbstverständlich die beiden seitlichen Baumreihen der Straße.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer letzten Sitzung zur Beratung der Dringlichkeitsvorlage über den Verkauf eines Grundstückes von 48 113 Quadratmeter an Siemensdamm—Kurfürstendamm in Charlottenburg einen Sonderausschuß eingesetzt. Der Verkauf wird vorgenommen, um den Stichtank Siemensstadt—Weshagen bauen zu können. Der Ausschuß hat nun nach eingehender Beratung mit überwiegender Mehrheit beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung Zustimmung zu dieser Vorlage zu empfehlen.

Kunst in der Volksschule.

Aufbauarbeit im Bezirk Friedrichshain.

Die Klagen über den schlechten Zustand der Schulen im Bezirk Friedrichshain werden wohl so lange nicht verstummen, als Raumnot und Flächenmangel im Bezirk jede großzügige Baumöglichkeit unterbinden. Durch die Inflation des unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Bezirksamts sind zwar bereits eine Anzahl Schulen modernisiert worden, und man sieht mit Freude, was mit verhältnismäßig geringen Mitteln noch aus den vollständig verfallenen und verbaulichen Schulgrundstücken geschaffen werden kann. Die Mehrzahl der Schulen bedarf aber noch immer einer gründlichen Heberholung und ausgedehnter Neuanlagen.

In solchen Schulen zu arbeiten mag für Lehrer und Kinder keine ungetrübte Freude sein. Um so mehr ist aber anzuerkennen, daß die Behrerschaft des Bezirks Friedrichshain bestrebt ist, durch eine lebendige Gestaltung des Unterrichts den Kindern und Eltern die vorhandenen technischen und hygienischen Mängel ertragen zu lassen. Die in der Nähe des Zentralbahnhofes gelegene 3. Volksschule, die unter Leitung des rührigen sozialdemokratischen Direktors Gensch steht, hatte kürzlich einen engen Kreis interessierter Pädagogen, Bezirksamtmitglieder und Bezirksverordnete zur Eröffnung eines ständigen Kunstsaales eingeladen. Bürgermeister Rieth begrüßte den für den profitorischen Bezirk Friedrichshain so wichtigen Gedanken, gerade der Arbeiterjugend durch Vorbereitung guter Kunst zu starkem Erleben zu führen. Von 100 Schülern des Bezirks besuchten 92 die Volksschule. Dieser Jugend, die nur eine an Entbehrungen reiche Kindheit kennenlernt, soll ein Höchstmaß an Wissen, an geistiger und feistlicher Stärkung und an Lebensfreude für den inneren schweren werdenden Daseinskampf vermittelt werden. Das Bezirksamt wird getreu seiner zehnjährigen Aufbauarbeit, die Bestrebungen der Behrerschaft, die Kunst im Leben des Kindes zu fördern, nach Kräften unterstützen. Gensch sprach dann vom Standpunkt des Lehrers über den Wert solcher ständigen Ausstellungen. Unrühmte wurde die schliche Feier durch Musikdarbietungen von Schülern der 264. Volksschule unter Leitung des Lehrers Festig Rebenisch.

Obdach ohne Obdachlose.

Warum das Obdachlosenheim in Neukölln unbesetzt ist.

Die Stadt Berlin baute von 1928 bis 1930 in Neukölln in der Teupitzer Straße in der Nähe des Weigandufers ein Obdachlosenheim für 450 Personen, das etwa 1,4 Millionen Mark kostete (nicht wie ein Blatt kürzlich schrieb 13,4 Millionen). Die Stadt Berlin hat sich, auf starkes Betreiben des Bürgermeisters Schöps, im Jahre 1928 zu diesem Bau entschlossen, weil sie befürchtete, daß in den kommenden Jahren die Obdachlosen mehr als in der Zeit vorher infolge der steigenden Not in Anspruch genommen werden würden.

Nun hat sich aber herausgestellt, daß die starke Abschreckungspropaganda vor dem Zuzug Erwerbsloser nach Berlin aus dem fachen Land mit der Zeit nicht unerhebliche Erfolge gezeitigt hat. Außerdem wurde festgestellt, daß seit 1930 in allen Großstädten Deutschlands ein starker Rückgang der Obdachlosen eingetreten sei und zum Dritten ist die Obdachlosigkeit durch die überaus gute Tätigkeit der Wohlfahrtsämter in dieser Beziehung herabgedrückt worden.

Zugunsten wird die Küche des Obdachlosenheims in Neukölln, die als die größte und modernste Küche von ganz Berlin anzusehen ist, dazu benutzt, um etwa 7000 Eisenportionen täglich für die unterstützungsbedürftige Berliner Bevölkerung herzustellen. Der Magistrat und die Stadt Berlin werden in Kürze über die Verwendung der anderen Räume endgültig verfügen.

Der Magistrat hat beschlossen, den Vertrag mit dem Berliner Hilfsverein für Obdachlose wegen der Benützung des Obdachs in der Wiesenstraße infolge der geringen Belegung der vorhandenen städtischen Obdacheinrichtungen zum 30. September 1931 zu kündigen. Gleichzeitig hat er den Beschluß gefaßt, die Umteilung der Jugendlichen von dem städtischen Obdach in der Fröbelstraße nach dem Obdach in Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Straße, zu verlegen.

Ordner der Profestischen Feiertenden. Sonntag, den 29. März, früh 8 Uhr, Ordnerdienst im Theater am Bülowplatz bei den Jugendweihen. Erscheinung aller dringend notwendig.

Kirchenaustritt. Am Freitag, 27. März, von 16 bis 20 Uhr, kann in der freireligiösen Gemeinde, Poppelallee 15, Hof pl., der Kirchenaustritt vollzogen werden. Registrierung ist vorzulegen. Gebühr 2 M. Wer bis Ende März seinen Kirchenaustritt vollzieht, hat nur noch ein Vierteljahr Kirchensteuer zu zahlen.

Wetter für Berlin: Bewölkungzunahme bei wenig veränderten Temperaturen. Mäßige Winde aus westlicher Richtung. — Für Deutschland: In Süddeutschland weiterhin belländiges und heiteres Wetter, im übrigen Reichs wieder wolkiger, in Ostpreußen etwas Witterung und vereinzelt Niederschläge.



Donnerstag, 26. März.

Berlin.

- 16.05 Dr. Leo Matthis: Weisheit des Orients.
- 16.30 Moderne Klaviermusik. Vera Winogradowa. (Die Komponistin, Flügel.)
- 1. Vier Episoden über ein Thema. 2. Tempo marziale. 3. Zwei Tänze.
- 16.45 Lateinische Musik. Dir.: Prof. Janis Medus. 1. Withold: Dramatische Oav. 2. Abhalt: Eimantent, alioische Meditalien. 3. Kaluina: Ballade. 4. Modist: Der Nasse Berg, alioische Dichtung. (Berliner Funkorch.)
- 17.30 Bücher für die Jugend. (Dr. Use Masbach.)
- 17.40 Chorgesänge.
- 18.10 Dr. Arthur Eissner: Das Rätsel der Schauspielkunst.
- 18.35 Mitteilungen des Arbeitsamtes.
- 18.40 Unterhaltungsmusik.
- 20.30 „Der letzte Akt.“ II. Teil: „Ankommt eine Depesche“. Hörspielclique von Hans Kyser. Regie: Hans Kyser.
- 22.15 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
- Anschließend bis 0.30: Tanzmusik.

Königswaterhäusern.

- 19.00 Stud.-Rat Köttemm: Schulmusik und Hausmusik.
- 19.30 Marsmann: Hausmusik.
- 19.60 Reg.-Präsident Dr. Otto Junghans: Europas Interesse an Minderheitenproblemen.
- 19.30 Prof. Dr. Edgar Atzler: Arbeitsphysiologie und Lebenserfolg.
- 19.00 Englisch für Fortgeschrittene.
- 19.30 Schlang-Schöneberg, M. d. R.: Wie stellt der Landwirt seine Wirtschaft auf die heutigen Absatzmöglichkeiten dar?
- 20.00 Obering. Otto Netzer: Großsenderprojekt der Reichspost und Rundfunkempfang.

Verantwortl. für die Redaktion: Barbara Depere, Berlin, Charlottenburg, Berlin, Berlin; Barabara Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Scherz & Co., Berlin Süd 68, Invalidenstraße 2, Straße 1, Berlin.

Lothar Wärsberg:

Erziehung zur Musik

Die Nachkriegszeit ist auf Reflektion und mechanische Vervollkommenheit eingestellt. Man hat das Wort von der Enttäuschung des Körpers geprägt, man hofft in irgendeiner unklaren Art auf die Erlösung aus Not und Zwang durch die überlegene Körperlichkeit. Alles Kulturelle, alles, was sich nicht ohne weiteres den mechanischen Zielen einer einseitig eingestellten Bestrebung fügt, wird zerstört oder als überflüssig verachtet.

Und doch ist zu allen Zeiten die Erlösung vom Geiste gekommen. Die Entzweiung der Musik durch die Mechanik zeigt es deutlich. Es ist bequemer, Musik indirekt zu empfangen, sich Radio, Platten, Tonfilm vorspielen zu lassen, hoch zu hören und ganz zu vergessen. Ein gewisses Gefühl der Leere, des Mangels, der Unvollkommenheit ist aber bei aller Präzision der Wiedergabe nicht loszumachen. Es bleibt ein scholer Rest, der auf diese Weise nicht aufzulösen ist.

Das Befreiende, Ueberzeugende und Eindringliche liegt immer nur in der durch eine Persönlichkeit in direktem Kontakt mit der Umwelt ausgeübten Kunst. Erfüllen will sich die Sehnsucht nach eigener Betätigung, das: „ich will selbst“ der Kinder wie der Erwachsenen, der Wunsch sich mitzuteilen, eigenes Erleben und eigenen Geist reproduzieren zu produzieren.

Begeisterter Hören ist nicht gleichbedeutend mit begeistertem Ausüben und deshalb bleibt die Erziehung zu musikalischer Disziplin und Ausübung wichtig. Leider lag in einer Hinsicht schon vieles im Argen, bevor die geistige Umstellung nach dem Kriege die Quellen einer vertieften Kultur zuschüttete. Neben der Gymnasial- und Musikpflege das Stiefkind in den Schulen. Und heute ist es — von den wenigen Anstalten abgesehen, die auch in anderer Hinsicht den ernststen Willen zur Lebens- und Menschen-nähe haben —, zumindest nicht besser geworden. Der Hauptfehler liegt darin, daß man Kunst und Gesang gleichsetzt und innerhalb seiner musikalischen Gemeinde zwischen den verschiedenen Weisenarten der musikalischen Veranlagung nicht unterscheidet.

Selbstverständlich ist es, daß der Pädagoge mit einem Kollektiv zu rechnen hat, mit einer Rasse, die zusammenzuhalten und zu „beschäftigen“ an sich eine Leistung ist. Selbstverständlich aber auch, daß die alte Methode den heutigen Erkenntnissen nicht mehr genügt. Wie man in den übrigen Unterrichtsfächern dazu übergegangen ist, an die Stelle des Drills die lebendige Arbeit des einzelnen zu setzen, wie man Arbeitsgruppen getrennt nach Sonderbegabungen und Interessen schafft, so sollte auch der Musikunterricht von dem starren System korporativen Gesanges zu dem einer Musikpflege im zugleich allgemeineren und tieferen Sinne übergehen.

Geschaffen werden die Voraussetzungen für ein verständnisvolles Erfassen erst durch den mehr oder weniger bewußten Einblick in die Gesetzmäßigkeit der musikalischen Materie. Es ist ein Irrtum, daß unmusikalische oder für musikalische Erkenntnisse unzugängliche Menschen existieren. Es gibt so viele Arten von Musikalität, wie es verschiedene Individualitäten gibt. Der eine hat Talent für Klangfarben, der andere besonders ausgeprägtes Gefühl für Rhythmus, der dritte besitzt vorwiegend technische Begabung. Häufig ist auch die nebenmögliche Erfassungsmöglichkeit des Stimmungsgehaltes der Musik. Die Aufgabe des über seiner Sache stehenden Pädagogen ist es, die Spezialbegabung des Lernenden herauszufinden und auf ihr mühselos aufzubauen, während andere rein schematische Wege mühevoll sind und nicht zum Ziele führen. Keine Ungeheuer, keine Besserwissererei, keine Ueberheblichkeit, sondern nur Liebe zur Sache und zum Menschen und verständnisvolles Eindringen in seine Eigenart taugen etwas. Das andere war ebenso üblich wie schädlich und hat viele Reime zerstört.

Es ist nicht gut, die abgeschlossene Kasse der absoluten Kunst allzu stürmisch zu heben. Das absolute Lobenswürdigkeit wird in seinem Werte als Beweis für musikalische Begabung sehr überschätzt. Die innere Kultur ist viel wichtiger. Das absolute Gehör hat oft als unangenehme Begleiterscheinung eine Art von Snobismus im Gefolge, der Bestierstolz auf mühselos übernommene Werte hemmt die feinere Nervenzellen- und Geschmacksentwicklung. Das absolute Gehör verführt oft zu dilettantischer Halbheit. Nur das Erarbeitete bleibt haften und behält Wert.

Die Unmöglichkeit, bestimmte Töne mit der Stimme rein zu treffen, ist oft eine organische Ungeschicklichkeit, die leicht beseitigt werden kann. Niemals wird der Mangel an Musikalität so weit gehen, daß nicht bei entsprechender Unterstützung Melodien erkannt und übertragen werden können.

Im Vordergrund der Pädagogik muß also eine praktische Einführung in das Wesen der Musik und in die Erlösungsmöglichkeiten durch die Musik stehen. Die musikalische Betätigung wird nur zur Landplage, durch eine in gedankenlosem Deiß erworbene Routinefertigkeit. Technische Mängelhaftigkeit wird ohnehin von selbst zur Entlastung drängen.

Es gibt aber einen einfachen und klaren Weg zur musikalischen Erkenntnis, der den artistischen Ehrgeiz möglichst schnell, möglichst viel Material der unendlich reichen Literatur zu bewältigen, im Hintergrund läßt. Dann erst ist ein Ausblick vorhanden für den Ausfall an sportlicher Energie zugunsten einer vertieften und persönlichen Musikpflege.

Das Klavier hat den Vorzug, daß die Töne nicht erst mühsam gebildet werden müssen, es hat gleichzeitig als Einzelinstrument die reichsten Harmonisierungsmöglichkeiten. Deshalb ist es dazu prädestiniert, schon in der frühesten Jugend zur Einführung in die Grundlagen der musikalischen Materie zu dienen. Kinderhände können im Spiel und ohne gymnastischen Zwang die Akkorde leicht praktisch am Instrument erfassen. Kinder müssen langsam in die Theorie hineinwachsen, wobei vorzüglich die literarische als Lehrmittel hinzukommt. Nicht durch Zwang, sondern nur durch Liebe wächst die Kunst und die Erkenntnis.

Die Möglichkeit der Improvisation ist im Laufe der Zeit fast völlig verloren gegangen, weil man zur Erreichung allzu hoch gesteckter Ziele die Ausbildung der individuellen Veranlagung vernachlässigt hat.

Im Rahmen dieses kleinen Aufsatzes stehen sich die Möglichkeiten nur andeuten, wie das Klavier in der breiteren Masse wieder zur Geltung gebracht werden könnte. Der Weg führt über die einfachsten am Instrument gebildeten Akkordfolgen, über Kodizes und über beschriebene Melodien zu eigener Ausarbeitung, zu allmählichem Hineinwachsen in technische und musikalische Probleme. Dann ist es wieder eine Kunst, wenn man etwas kann und kein Problem, wenn es gelöst ist.

Der Geist braucht die verständnisvolle Anlehnung zu Willen und Weg und wird letzten Endes den Sieg über die Mechanisierung davontragen.

„Mein Vater läßt Jhu'n sarn...“

Der Kampf um die Landjugend / Von Eugen Lederer

Daß das Berufsschulwesen auf dem Lande entschieden auf- und ausbaubedürftig ist, gilt als eine über alle Sprachkreise hinaus längst bekannte und von keiner Seite bestrittene Tatsache. Ihr trägt der im „Abend“ mehrfach vertretene, auf sofortige Abhilfe gerichtete Vorschlag, den Volksschullehrer durch Befreiung von dem Berufs- (Fortbildungs-) Schulnebenamt zu entlasten und an seiner Stelle vollamtlich tätige Berufsschullehrer zu verwenden, Rechnung. Offensichtlich ist von der Erfüllung dieser Grundbedingung der Erfolg der Förderungsarbeit, die nun einmal der wichtigsten öffentlichen Bildungs- und Erziehungsanstalt für die schulentlassene Jugend auf dem Lande zuteil werden muß, abhängig. Die erforderlichen Lehrkräfte sind zudem da. Unter den Tausenden von stellenlosen Lehramtsbewerbern brauchen nur die geeignetsten ausgewählt zu werden. Auf Grund der besonderen Land- und jetzigen Zeitverhältnisse sollte hierbei jedoch die angeregte Eingliederung dieser Lehrer in die gesamte öffentliche Jugendpflegearbeit einschließende Berücksichtigung erfahren. Neben den unterrichtlichen, schulorganisatorischen, wirtschaftlichen und sonstigen Gründen gebieten gerade gegenwärtig die staatspolitischen Interessen und Ziele eine beschleunigte Inangriffnahme dieser Aufgabe. Leider lassen Reichheit und Intensität viel zu wünschen übrig. Auch wird schauerhaft lange geögert, unnütze Hemmnisse endlich abzustreifen und läbliche Berechtigungsmaßstäbe in Rücksicht auf die Erfordernisse einer aufgereizten Wirklichkeit bedenkenlos zu zerbrechen.

Wie sieht's auf dem Lande aus?

Die Beunruhigung der Landjugend durch parteipolitische Geschäftemacher nimmt nachgerade einen Umfang an, der keine Bangmut mehr duldet. In der Öffentlichkeit mehren sich die Klagen über die politische Verheerung selbst der Schulkinder. Mit den Landesüblichen Erziehungsgrundrissen ist dagegen allein nicht anzukommen. Zwei Beispiele:

Ein zwölfjähriger Junge, mit dem sich der Lehrer wegen wiederholten gemeinschaftstötenden Verhaltens in der schulfreien Zeit aussprechen wollte, hat dieser Aufforderung nicht Folge geleistet und anderen Tags erklärt: „Mein Vater läßt Jhu'n sarn, der Jhu'n meine freie Zeit jar nicht aniecht, un Se möcht'n heite Jhu'm in de Versammlung von de RSDAP komm'n, da würde vor ne Abreibung jesacht.“

In einem anderen Fall bildet ein in unmittelbarer Nähe der Schule unterhaltenen Bücher-, Zeitschriften- und Bilderladen der Nationalsozialisten einen begreiflichen Anziehungspunkt für die Schulkinder. Die Uniform des hinter dem Bodenisch stehenden jungen Mannes wirkt neben den ausgelegten Bildern und Broschüren imponierend. Und da der uniformierte Mann dafür sorgt, daß ein anderer „Jungmann“ sich der Schulkinder in ihrer freien Zeit annimmt, mit ihnen im Schützenhaus egerzt, so in Hilar-Geschrei und blutdürstige Lieder singen lehrt, sind diese Kinder willig genug, nationalsozialistische Zeitungen von Haus zu Haus gehend zu verkaufen.

Ohne Zweifel wird auf diese Weise da und dort in die Schule ein ihre Bildungs- und Erziehungsabsichten ungemein erschwerendes politisches Moment hineingetragen. Die hierdurch gefährdete „Schulzucht“ durch Verbote und strenge Bestrafung der Schüler aufrechtzuerhalten zu wollen, sollte bei der diesen Maßnahmen meist ungewohnten gegenteiligen Wirkung unterlassen werden. Auch die etwaige Drohung mit Fürsorgeerziehung, von der die Landeherren mitunter gar zu gerne Gebrauch machen, ist hierbei völlig abwegig. Ein Kind für etwas verantwortlich machen oder gar bestrafen wollen, für das ihm die notwendige Einsicht fehlt, widerspricht allen geltenden pädagogischen Grundrissen. Die angeführten Beispiele dürften übrigens hinreichend erkennen lassen, daß es einmal auf das Elternhaus und zum anderen auf die Verwendung der schulfreien Zeit bei den zu betreuenden Schulkindern ausgeschlaggebend ankommt.

Worauf es ankommt

Daß dem Geist des Elternhauses mit keiner Gewalt beizukommen ist, hat bestimmt seine Richtigkeit. Eben deshalb gilt es, sich darauf zu besinnen, daß ein etwaiger abträglicher Geist der Eltern am ehesten durch den entgegengerichteten des eigenen Kindes beeinflusst werden kann. Die Einflussgewinnung der Kinder auf die Eltern, die in hygienischer Beziehung — es sei nur an die fast täglich häufig erfolgte Einführung der „Zahnbürste“ durch das Kind im Elternhaus erinnert — möglich ist, kann auch in geistigen, in gesellschaftlichen Dingen nicht ausgeschlossen sein. Dieser Wirkungs-

möglichkeit sollte man sich jedenfalls bei allen pädagogischen Aktionen bewußt sein. Die praktische Durchführung dieses Gedanken setzt allerdings eine planmäßige Erfassung der Kinder auch außerhalb der Schule und eine sinnvolle Anlehnung zur Betätigung in ihrer schulfreien Zeit voraus. Damit der Volksschullehrer dieser Aufgabe in Verbindung mit dem zu beratenden, als Jugendführer wirkenden Berufsschullehrer voll gerecht werden kann, ist er von allem ihn behindernden nebenamtlichen Ballast zu befreien.

Die Erziehung der Schulkinder zu künftigen Staatsbürgern erfordert selbstverständlich Lehrer, die ihrerseits den heutigen Staat freudig bejahen und aus innerer Ueberzeugung zu seiner Verfassung stehen. In der kaiserlich-königlichen Zeit konnte ein Sozialdemokrat nicht Mitglied des Schulvorstandes sein, weil die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei mit der Ausübung der Pflichten eines Schulvorstandesmitgliedes für unvereinbar erklärt wurde. Damals gehörte nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes zu den gesetzlich der Volksschule zufallenden Aufgaben die Erziehung der Schüler zu gautisfürchtigen, dem König gehoramen und treuen Staatsbürgern. Gewiß, stets wird ein Staat, der sich nicht selbst aufgeben will, die Erziehungsmaximen, die seiner Erhaltung am förderlichsten sind, bestimmen müssen. Und wenn heute in der Schule republikanische Bestimmung, demokratischer und völkerveröhnender Geist zu pflegen sind, so können Lehrkräfte, die mit den Bestrebungen republikanischer und kriegerischer Parteien offen oder verdeckt sympathisieren, nicht geduldet werden. Wo Hohenmöhe in der Schule zu hören bekommen, daß das Hakenkreuz in einem Meteorstein vom Himmel gefallen sei, muß mit dem Lehrer etwas nicht in Ordnung sein.

Die spätestens beim Schulkind einzusetzende zielklare Erziehung zum staats- und gesellschaftsbewußten Menschen, hat besonders heute bei der schulentlassenen Jugend, die vielfach im Brennpunkt heftiger parteipolitischer Auseinandersetzungen steht, eine intensive Fortsetzung zu erfahren. Dieser Aufgabe hat auf dem Lande die Berufs- (Fortbildungs-) Schule in erster Linie zu dienen. Wie ihr durch die Einstellung berufener Lehrkräfte die im Interesse der Jugend notwendige Förderung und Kulturförderung zuteil werden sollte, ist im „Abend“ in den Aufsätzen „Junglehrer aufs Land“ vom 17. April 1930, „Berufsschule, Disziplin, Junglehrer“ vom 31. Juli 1930, ... die unerfreuliche Berufsschularbeit“ vom 18. Dezember 1930 und „Heran an die Landjugend“ vom 29. Januar 1931.

Auf verlorenem Posten?

Daß es sich bei alledem nicht um theoretische Maßnahmen, sondern um sinnfällige Hilfe durch den Staat handeln muß, braucht bei der Zerrissenheit des Zeitgefühls und den brüchig gewordenen Existenzbedingungen kaum betont zu werden. Eine durch die ausgewählte Zeit beunruhigte, erschütterte, bestürzte Jugend wird nur dann in eine lebensvolle Beziehung zum Staat gebracht werden können, wenn sie der Staat aus der Not der Erwerbslosigkeit oder der Bitternis gesellschaftlicher Minderwertigkeit durch seine ihm dienenden Organe unter Hinführung zu positivem Schaffen reißt. Sind der Kräfte zu wenig, die der Jugend beratend, aufklärend und führend zur Seite gestellt werden, dann wird sie, deren Sinne für das Erkennen wirtschaftlichen Geschehens und gesellschaftlichen Wertens erst noch zu schärfen sind, schwerlich den Verheißungen routinierter Pseudopolitiker widerstehen können. Ein allein auf sich angewiesener Jugendpfleger in einem größeren agrarischen Landkreis befindet sich auf verlorenem Posten, wenn die Jungmänner von Stahlsheim und Hakenkreuz im Verein mit Königin-Luise-Bund, Kyffhäuserjugend, Artamanen-Spielschar, Junglandbund usw. mit deutlichen Volkstunstabenden unter Schälmeien- und Schwertklang die Dörfer in Bewegung bringen. Und weil das Land heutzutage Aufmarsch- und Uebungsgebiet für alle Handgranatenfreunde ist, droht der Landjugend besondere Gefahr.

Diese Erscheinungen dürften die Forderung, jugendnahe, schaffensfreudige und staatsbejahende Lehrkräfte als Berufsschullehrer auf dem Lande einzusetzen, zur Genüge begründen. Gerade die Landjugend muß in die Welt staatspolitischer und gesellschaftlicher Aufgaben und Interessen eingeführt, mit den Wandlungen jüngster Vergangenheit und der jetzigen inneren und äußeren Schwierigkeiten, die Staat und Wirtschaft zu überwinden haben, vertraut gemacht werden. Die Jugend muß gegen stahlheimische und nationalsozialistische niedergerende Einflüsse gewappnet werden. Dann wird allen Widerständen zum Trotz gerade die Jugend der menschlichen Vernunft zum Siege verhelfen können.

Studentische Völkerbundsarbeit

Vom 19. bis 21. März tagte in der slowakischen Hauptstadt Bratislava (Brestburg) eine Konferenz studentischer Organisationen. Aus 15 Staaten Mittel- und Südosteuropas hatten die „Universitätsgruppen für studentische Völkerbundsarbeit“ (F. U. V.) zu dieser Konferenz, die von der tschechischen und deutschen Zentralkomitee der F. U. V. vorbereitet war, insgesamt 110 Delegierte entsandt. Insbesondere waren beteiligt Deutschland, Oesterreich, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien. Aber auch Frankreich, die baltischen Randstaaten und selbst Norwegen waren vertreten, ein Beweismittel, wie großes Interesse eine überstaatliche Verständigung als erster Schritt zu Panuropa allseitig erweckt. Dieses Interesse beherrscht die akademische Jugend der verschiedensten politischen Ansichten. Es bestand z. B. die reichsdeutsche Delegation aus Angehörigen der Sozialistischen Studentenschaft, der Studentengruppen der Demokraten, der Staatspartei, des Zentrums, der Volkspartei und der Deutschnationalen.

Eingehende Referate, von Kennern der mitteleuropäischen Wirtschaftsprobleme gehalten — unter anderem sprach der ehemalige tschechische Wirtschaftsminister Dr. Schuster-Prag —, fanden im Mittelpunkt der Tagung. Im Anschluß an diese Referate wurden in zwei Arbeitsgruppen die Diskussionen geführt, in der ersten über die volkswirtschaftlichen, in der zweiten über die wissenschaftlichen und literarischen Beziehungen in Mitteleuropa.

Die rage Aussprache zeigte, daß man einem Ueban der Zok-

schranken und eine Vereinigung der aufeinander angewiesenen Staaten allgernein für notwendig hält. Es bestand kein Zweifel darüber, daß die Wirtschaftskrise aller Länder weitgehend auf der Desorganisation des heutigen privatwirtschaftlichen und nationalstaatlichen Wirtschaftssystems beruht. Es ist daher im Interesse der Selbsthaltung Europas notwendig, an Stelle dieser Desorganisation eine Planwirtschaft zu setzen, in der die Industriegelände des westlichen Mitteleuropas und die Agrargebiete des östlichen und südöstlichen Mitteleuropas sich in ihrem jeweiligen Ueberfluß und Bedarf ergänzen. Es muß Ziel dieser wirtschaftlichen Neuordnung sein, den landwirtschaftlichen Ueberfluß an Getreide und Vieh aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien in die dichtbevölkerten Industriegebiete Westdeutschlands und Belgiens ohne Zoll und andere Belastungen zu überführen und gleichzeitig diesen Industriegebieten den Markt der erwähnten industriefreien Agrarländer zu erschließen.

Als ziemlich am Schluß dieser Aussprachen die Mitteilung von dem Regionalvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich gemacht wurde, herrschte allgemeiner Beifall für diesen Erfolg und für diesen ersten Schritt zu einem einheitlichen Europa.

Es liegt in der Natur dieser studentischen Tagung, daß sich ein praktisches politisches Ergebnis nicht erzielen ließ. Zwar wurde zum Schluß ein gemeinsamer Bericht abgefaßt, wonach eine ständige Kommission eingesetzt werden soll, die wirtschaftliche und kulturelle Probleme für eine mitteleuropäische Verständigung in studentischen Kreisen dauernd zu diskutieren, zu propagieren und soweit möglich durch praktische Einzelarbeit vorzubereiten hat. W. Tietgens.

